

AHV-Reform: Was ein Ja der Schweiz fürs Land bedeuten würde

Die Schweiz stimmt im Rahmen der AHV-Reform bald über eine Mehrwertsteuer-Erhöhung ab. Das beeinflusst auch Liechtenstein.

Die Zukunft der Finanzierung der grössten Sozialversicherung der Schweiz steht noch in den Sternen. Bis heute ist wohl nur etwas klar: Eine Lösung muss her. Am 25. September kommt in der Schweiz die breit diskutierte AHV-Reform an die Urne. Die Reform beinhaltet zwei Vorlagen: eine zur Erhöhung der Mehrwertsteuer und eine zur Erhöhung des Frauenrentenalters. Zu einer Annahme der gesamten AHV-Reform kommt es nur, wenn die Schweizer Stimmbevölkerung und die Stände zu beiden Vorlagen ihre Zustimmung geben.

Direkter Einfluss auf Liechtenstein

Eine der beiden Vorlagen fordert eine Erhöhung des Normalsatzes der Mehrwertsteuer von 7,7 auf 8,1 Prozent. Dieser Normalsatz betrifft Dienstleistungen, Autos, Schmuck, Alkohol und Tabakwaren – die Annahme der Vorlage würde deren Preise also um 0,4 Prozentpunkte erhöhen. Mit den Mehreinnahmen, welche sich laut Bund bis 2032 auf 12,4 Mil-



Die MwSt.-Erhöhung betrifft auch Dienstleistungen. Bild: Keystone

liarden Franken belaufen werden, soll die Finanzierung der AHV stabilisiert werden.

Die Erhöhung der Mehrwertsteuer ist auch die Vorlage, die Liechtenstein unmittelbar betrifft: Liechtenstein und die Schweiz bilden gemeinsam ein «Mehrwertsteuerinland», so gelten Veränderungen im

Schweizer Mehrwertsteuergesetz auch in Liechtenstein. Gefragt nach den Auswirkungen für Liechtenstein bei einer Annahme der Schweizer AHV-Reform, antwortet Bernhard Büchel, Amtsstellenleiter der Steuerverwaltung (STV): «Aufgrund der bestehenden staatsvertraglichen Vereinbarungen

mit der Schweiz wird Liechtenstein bei einer allfälligen Anpassung der MwSt.-Sätze in der Schweiz diese Erhöhung ebenfalls in Liechtenstein nachvollziehen.» Die einzige Ausnahme wäre, wenn Liechtenstein ein Referendum gegen die Mehrwertsteuererhöhung durchsetzen würde.

Mehreinnahmen von 10 Mio. Franken erwartet

Die letzte Anpassung des Normalsatzes der Mehrwertsteuer in Liechtenstein und der Schweiz fand per 1. Januar 2018 statt, als der Normalsatz von 8,0 auf 7,7 Prozent gesenkt wurde. Eine Erhöhung auf 8,1 Prozent wäre für die Liechtensteiner Bevölkerung dementsprechend kaum spürbar, respektive eine Rückkehr zum Stand von vor ein paar Jahren. Für die Staatskasse wäre eine Mehrwertsteuererhöhung jedoch positiv: «Die Mehreinnahmen würden sich geschätzt auf rund 10 Millionen pro Jahr belaufen», so Büchel.

Im Gegensatz zur Mehrwertsteuer betrifft die Diskus-

sion rund um die Erhöhung des Frauenrentenalters Liechtenstein nicht: Im Land gilt das Rentenalter 65 bereits für alle. In der Schweiz sieht die Situation aber anders aus: Frauen müssen bis 64 arbeiten, um eine volle Rente ausbezahlt zu bekommen, Männer bis 65.

Hitzige Diskussionen um Rentenalter der Frauen

Durch das Altern der Schweizer Gesellschaft steigt die Summe der jährlich ausgezahlten Renten kontinuierlich. Sie soll von 48 Milliarden in diesem Jahr auf ganze 63 Milliarden Franken im Jahr 2032 steigen. Die

Anpassung des Rentenalters für Frauen von 64 auf 65 ist ein Vorschlag, dieses wachsende Problem zu bekämpfen.

Dass das Rentenalter für Männer bereits bei 65 liegt, sorgt für hitzige Diskussionen rund um die Geschlechtergleichberechtigung. Das ungleiche Rentenalter der Schweizer Männer und Frauen ist für viele ein Relikt aus der Vergangenheit. Andere sehen das ungleiche Rentenalter wiederum als Kompensation für die generell niedrigeren Monatsrenten der Frauen.

Severin Schädler

Wie geht es der Liechtensteiner AHV?

Die finanzielle Situation der AHV in Liechtenstein ist um einiges besser als diejenige in der Schweiz. Laut aktuellem Geschäftsbericht verfügte die Vorsorgeeinrichtung 2021 über 11,35 Jahresausgaben als Reserve. Im Vergleich zu den Vorjahren sind die Reserven gestie-

gen: 2020 waren es 11,08 Jahresausgaben, im Jahr 2019 10,81. Auch die Zukunft der Liechtensteiner AHV scheint vorerst gesichert: Die letzte Modellrechnung prognostiziert bei aktueller Gesetzeslage 5,67 Jahresausgaben in Reserve per 31. Dezember 2040. (sas)